

Frage der Veräußerung und Verwertung der Werte erst in zweiter Linie; denn vor allem handelt es sich darum, zunächst einmal diesen Weg deshalb zu beschreiten, weil er die meiste Sicherheit gibt, die Steuern an der Quelle zu erfassen. Macht man sich klar, daß trotz Krise und der völlig ungenügenden Steuerreform des Steuerjahr 1920 über 50 Milliarden Papiermark Einnahmen aufweist, so berechtigt das doch zu einem gewissen Optimismus, energisches und zweckdienliches Vorgehen vorausgesetzt. Dafür wird aber die Erfassung der Goldwerte der Prüfstellen sein. Und so stark auch die Widerstände der Geldwerbesteller sind, so ziellos namentlich auch die von Helfert gepeitschte agrarische Demagogie eingeleitet hat, so wichtig ist es andererseits, daß die Arbeiterklasse alles daran setzt, um die Abwälzung der Lasten auf ihre Schultern zu verhindern.

Eine Rekordleistung

Die Ausnahmegerichte haben innerhalb der zwei Monate ihrer Tätigkeit gegen die Arbeiter insgesamt 1500 Jahre Zuchthaus und über 800 Jahre Gefängnis verhängt. Das Ausnahmegericht in Raumburg hat am 3. Juni allein 16 Arbeiter zu einer Gesamtstrafe von 96 Jahren, 4 Monaten Zuchthaus verurteilt. In Halle gab am Mittwoch vor dem Ausnahmegericht ein Angeklagter an, daß er zusammen mit anderen Gefangenen von der Sisyphusarbeit mifhandelt worden sei. Als er sich beim Untersuchungsrichter darüber beschwerte, erklärte dieser mit Gemütsruhe: „Ja, was wollen Sie denn, im Mittelalter sind solche Leute gehängt worden.“

Wie erinnern noch einmal an die Tatsache, daß die Gerichte bisher noch nicht einem einzigen Kappisten auch nur ein Haar gekrümmt haben. Die „untergeordneten“ Führer des Kappismus hätten sich darauf, daß sie lediglich Befehle ihrer Vorgesetzten ausgeführt hätten und deshalb straflos bleiben müßten. Die Gerichte machten sich diese Gedankengänge zu eigen. Die höheren Vorgesetzten aber werden von den Gerichten der Reihe nach außer Verfolgung gesetzt, und auch die schwersten Verbrecher, die die Verantwortung für den Kapp-Putsch nicht von sich abwälzen können, bleiben von den Gerichten unbehelligt, obwohl ihnen der Aufenthaltort ganz genau bekannt ist.

Das ist Klassenjustiz allerhöchster Art. Innerhalb zweier Monate über 2000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis für die Arbeiter — Straflosigkeit für die Kappisten. Das muß zur Verwirrung des Rechtsbewußtseins führen und immer mehr den Eindruck verstärken, daß die Ausnahmegerichte nicht Recht sprechen, sondern Raserei üben.

Gegenüber dem Willen einer solchen Justiz muß die allgemeine Annerkennung kommen und den Rechtszustand wieder herstellen.

Ein Opfer der Reaktion

Der Leiter der Thüringischen Staatspolizei, Müller-Brandenburg, hat das Staatsministerium um seine Entlassung gebeten, um dem Treiben der Reaktionen endlich die Spitze abzubrechen. Das Staatsministerium hat daraufhin seine Entlassung verfügt. Von den gegen Müller-Brandenburg vorgebrachten Vorwürfen hat sich nicht einer bewährt. Die angeblichen Kronzeugen, mit denen die reaktionäre Presse hantieren ging, sind bei ihrer Vernehmung zusammengeklappt oder haben sich unlesbar gemacht. Es handelte sich in der Hauptsache um Spitzel, die von der Reaktion in die Staatspolizei delegiert worden sind mit der Aufgabe, Müller-Brandenburg unter allen Umständen unmöglich zu machen. Denn dieser Mann war ein aufrichtiger Republikaner und sah seitdem nicht an die Spitze einer Staatspolizei. Nur demoralisierte Offiziere des kaiserlichen Regimes sind für derartige Posten geeignet.

Nachdem Herr Müller-Brandenburg zur Strecke gebracht worden ist, sucht sich die reaktionäre Presse Thüringens bereits neue Opfer für ihre Hetze aus. Schon seit Wochen schweigt diese Presse über den angeblichen Fall Müller-Brandenburg. Sie war sich anscheinend schon von vornherein des Erfolges ihrer Hetze sicher und konzentrierte deshalb ihre Agitation sehr bald gegen die Thüringischen Staatsminister, die in dem Verdacht stehen, demokratischen Gedanken zu heideln. Der Demokrat Paulsen und der parteilose Freiherr v. Brandenstein sind nunmehr an der Reihe. Sie sollen fallen, wenn Thüringen besse-

ren Zuständen entgegengehen wollen. Das ist die Sprache der reaktionären Presse Thüringens. Und der Zweck dieser Hetze? Thüringen schiebt sich als Regel zwischen Preußen und das reaktionäre Bayern. Die Monarchisten aber wollen eine Einheitsfront von Nord bis Süd. Dazu ist eine reaktionäre Thüringer Regierung erforderlich, und diesem Ziele gilt der Kampf der Reaktion!

Deutschnationales und jüdisches Geld Geld stinkt nicht

In den letzten Reichstagsverhandlungen haben die Redner der Deutschnationalen wüsten Antisemitismus propagiert, als zur Antwort darauf ein Brief des Parteivorstandes Hergt an den jüdischen Konsul Marx um finanzielle Unterstützung der Partei verlesen wurde, aber behauptet, daß sie nicht Herr Marx um Geldzuwendungen gebeten, sondern daß Herr Marx diese Geldzuwendungen angeboten habe. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, liegen die Dinge aber umgekehrt. Der Deutschnationale Parteivorstand war an Herrn Marx mit der Bitte herangetreten, den Vorsitz des Finanzausschusses zu übernehmen. Er lehnte dies Ersuchen ab, nachdem er den wahren Charakter der Partei feststellte hatte. Dies ergab sich auch aus dem im authentischen Wortlaut bisher noch nicht veröffentlichten Briefwechsel. Auf die präzise Anstache des Herrn Marx, ob der Vorstand den Antisemitismus der Partei billige, antwortete Herr Hergt:

„Als Vorsitzender des Hauptvorstandes der Deutschnationalen Volkspartei fühle ich mich außerstande, auf Anfragen wie die Ihrigen persönlich eine Antwort zu erteilen. Es handelt sich hierbei um eine Parteifrage von allergrößter Wichtigkeit, zu der vom Hauptvorstand als solchem, oder vielleicht noch richtiger vom Parteitag, Stellung zu nehmen wäre. Sie haben den bisherigen Verhandlungen des Hauptvorstandes über die antisemitische Frage regelmäßig beigewohnt und wissen über die Gründe, wegen deren das Programm sich auf die bezüglich der Konfessionen darin enthaltenen Punkte beschränken mußte, und über die Schwierigkeiten, zu einer präzisesten Fassung zu kommen, genau Bescheid. Ich kann daher meine Verwunderung nicht unterdrücken, daß Sie gleichwohl auf eine gegenwärtig unmögliche Lösung der Frage, etwa in Ihrem Sinne, drängen. Viel richtiger würde es mir scheinen, wenn die Herren jüdischer Abstammung, die auf unserem Boden stehen und sich der Partei auch nach außen zurechnen, durch ihr Verhalten, durch ihre Propaganda und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die von ihnen eskribierte Stellung in der Partei und die Sicherung ihrer Interessen bei derselben erkämpfen. Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn ich auch von Ihnen statt der dabei Schreiben Beweise dafür erhalten hätte, daß Sie gleichfalls von der Wichtigkeit dieser Aufstellung durchdrungen sind und sich entsprechend betätigen.“

In der Antwort des Herrn Marx heißt es unter anderem:

„Den bisherigen Verhandlungen des Hauptvorstandes über die antisemitische Frage habe ich nicht beigewohnt. Ich habe im ganzen zwei Sitzungen des Hauptvorstandes mitgemacht, in welchen lediglich über die Aufstellung von Kandidaturen verhandelt wurde. In diesen Verhandlungen ist die antisemitische Frage nur insofern einmal gestreift worden, als das Mitglied des Vorstandes, Herr Bruhn, meine von Herrn v. Karldorff an erster Stelle für Berlin vorgeschlagene Kandidatur mit der Behauptung bekämpfte, daß in Berlin nur ein Antisemit aufgestellt werden könne; der Parteivorstand nahm diese Bemerkung des Herrn Bruhn kritisch hin.“

In den Verhandlungen, welche ich vor meinem Eintritt in den Parteivorstand mit dem Herrn Grafen v. Westarp in Gegenwart des Herrn Regierungsrats Stadmann und des Herrn Generalsekretärs Schröder geführt habe, hat man mir ausdrücklich versichert, daß der Antisemitismus als solcher innerhalb der programmatischen und taktischen Maßnahmen der Partei keinen Platz haben würde. Darüber hinaus hat man mir auf meine direkte Anfrage mitgeteilt, daß der bekannte antisemitische Führer, Herr Bruhn, nicht Mitglied des Parteivorstandes werden würde. Man hat mir gesagt, daß

man ihm bei der Vorbereitung der Gründung der Partei ein Mandat habe versprochen müssen, daß man sich an das gegebene Wort halten müsse, daß er aber im Parteivorstand keinen Platz finden werde. Tatsächlich ist indessen Herr Bruhn Mitglied des Parteivorstandes geworden, und damit hat meiner Meinung nach die Partei nach außen hin den Antisemitismus akzeptiert.“

Liefert die Antwort des Herrn Marx, der inzwischen aus der Deutschnationalen Partei ausgestiegen ist, den Beweis, daß der Antisemitismus der Deutschnationalen je nach der Konjunktur und den Umständen abgestritten oder betont wird, so zeigt der Brief des Herrn Hergt, daß die Liebe der Deutschnationalen zu jüdischem Geld ebenso groß ist, wie die Liebe der Hohenzollern und des Herrn Helfert zu jüdischen Rechtsanwälten.

Für Geld machen die Deutschnationalen alles, für Geld treten sie selbst für die Interessen der Juden ein, wie der Brief des Herrn Hergt außerdem deutlich zeigt.

Neue englische Note über Oberschlesien

C.E. Paris, 8. Juni.

Eine neue Note Englands über die oberschlesische Frage ist gestern am Quai d'Orsay eingetroffen. Die englische Regierung gibt ihre Ansichten über die Aufgaben zu erkennen, die die Interalliierte Kommission in Oppeln gegenwärtig, da eine neutrale Zone namentlich nahezu hergestellt ist, zu erfüllen haben wird. Der „Zeit Pariser“ sagt dieser Mitteilung die Bemerkung hinzu: Seit langem sei es unerlässlich geworden, wenn den Uebelständen, die sich aus der oberschlesischen Frage ergeben, ein Ziel gesetzt werden sollte, energische und einfache Beschlüsse zu fassen. Nachdem man namentlich die Anschauungen des neuen englischen Kommissars Harold Stuart kennengelernt habe, sei der Ausarbeitung einer endgültigen politischen Richtlinie nichts mehr im Wege, und die Alliierten könnten raschestens zu einer Beratung zusammengerufen werden.

L.M. London, 8. Juni.

Der Zustand in Oberschlesien scheint ein etwas günstigeres Aussehen erhalten zu haben. Die Gefahr, daß die Ententeuppen zu Maßnahmen gezwungen werden müssen, scheint beseitigt. Der „Times“ hat die deutsche Regierung Lord B'Uberon vorgeschlagen, General H'ler telegraphisch aufzufordern, dem Befehl der Entente nachzukommen und das den polnischen Aufständigen entzogene Gebiet zu räumen.

Gegen eine Verschleppung der oberschlesischen Entscheidung

Die „Times“ greift in scharfer Form die französische und englische Taktik der Verschleppung der Entscheidung über Oberschlesien an. Aus dieser würden sich unvermeidlich neue Zwischenfälle und Kämpfe ergeben. Das Blatt ironisiert in diesem Zusammenhang die Absicht der Londoner Regierung, zunächst den Bericht des neuen britischen Vertreters in der Oppelner Kommission abzuwarten.

Der deutsche Botschafter in London Dr. Stamer hat sich zu kurzem Aufenthalt nach dem Haag begeben, wo er mit dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen zusammentreffen werde.

Die neue Wohnung des Reichswirtschaftsrates. Der Reichswirtschaftsrat wird nach der Sommerpause ein eigenes Heim im Gebäude des ehemaligen Wilhelms-Gymnasiums in der Bellevuestraße erhalten, das für seine Zwecke jetzt umgebaut wird. Dadurch wird dem Wirtschaftsparlament Gelegenheit gegeben, alle seine Sitzungen in einem Gebäude abzuhalten und die Gastfreundschaft anderer Behörden nicht in Anspruch zu nehmen. Die Plenarsitzungen werden in der Aula des Gymnasiums stattfinden.

Der kaiserliche Reichsminister. Im ungarischen Parlament führte bei der Beratung des Budgets der Abgeordnete Benikly heftige Klagen über die hohen Kosten für das Reichsministerium, die sich auf ungefähr 36 Millionen Kronen belaufen. Das sei das Vierfache dessen, was in der alten Monarchie die Hofkosten betragen hätten. Er verwies darauf, daß in Deutschland das Staatsoberhaupt einen Ehrenlohn und Repräsentationskosten von insgesamt 200 000 Mark erhalte.

Die Unsterblichkeit des Weltalls

Von Dr. Schaeferl, Graz.

Für die ältere Wissenschaft war die Unsterblichkeit des Weltalls kein Problem. Wie man es sich unendlich im Raume dachte, so auch unendlich in der Zeit. Im Jahre 1850 aber stellte Clausius seinen Satz von der Energieerhaltung auf, der in der Physik als der zweite Hauptsatz der Wärmelehre bekannt ist, und 1885 jag Boltzmann die Folgerung daraus, daß das Weltall, wenn auch nach unberechenbaren Zeiträumen, so doch einmal sein Ende finden müsse.

So wenig Schreckhaftes dieser Gedanke für den sterblichen Menschen haben mag, für den naturwissenschaftlich Denkenden ist er quälend. Wie einstens für die Philosophie die Unsterblichkeit der menschlichen Seele, so wurde daher nun die Unsterblichkeit des Weltalls zu einem Problem, mit dem die Physiker mit hellem Bemühen rangen.

Was für das Leben des Menschen seine Seele, das ist für das Leben des Weltalls die Energie. Was Energie ist, das sagt schon der gewöhnliche Sprachgebrauch. Wir reden von einem energiegelassen Menschen, wenn wir ihm die Fähigkeit zutrauen, große Widerstände zu bestehen, und wir loben seine Energie, wenn er dabei an Werke ist. Wir brauchen nur das Seelische dieses Energiebegriffs ins Körperhafte zu überlegen, um zu wissen, was die Physik unter Energie versteht. Sie bedeutet die Fähigkeit eines Körpers, körperhafte Widerstände zu überwinden, und sie bedeutet auch die Arbeit selbst, durch die sie überwunden werden. Sie kann in verschiedenen Formen erscheinen: als mechanische, chemische, elektrische und Wärmeenergie, und alle diese Energieformen können ineinander umgewandelt werden. Durch Erhitzen verändert sich die chemische Beschaffenheit organischer Stoffe. Durch einen elektrischen Strom lassen sich Lösungen in ihre chemischen Bestandteile zerlegen. Hier wird elektrische, dort Wärmeenergie in chemische Energie umgewandelt. Auf dem einen Vorgang beruht das Kochen, auf dem anderen die Galvanoplastik. Das Beispiel der Dampfmaschine zeigt die Umwandlung von Wärmeenergie in mechanische Energie. Durch Reiben von Glas, also durch mechanische Arbeit, wird, wie von der Elektrizitätsmaschine her bekannt ist, Elektrizität erzeugt. Daß elektrische Energie zu mechanischer Arbeit werden kann, dafür legt uns das Beispiel der Dampfmaschine ab. Alle Energieformen können auch in Wärme umgewandelt werden. Gründe der Kurzschlüsse haben die Umwandlung elektrischer Energie in Wärmeenergie zur Ursache. Der Verbrennungsvorgang ist ein chemischer Vorgang; der Stoff des verbrennenden Körpers verbindet sich mit dem Sauerstoff der Luft. Daß dabei beträchtliche Wärmemengen erzeugt werden, wissen wir im Winter sehr zu schätzen. Das Heißlaufen von

Kadern ist ein Beispiel für die Umsetzung mechanischer Energie in Wärme. Diese Erscheinung ist allerdings weniger befriedigend. Sie ist aber eine allgemeine. Denn bei jeder mechanischen Arbeit und bei jedem energetischen Umwandlungsvorgang wird ein Teil der Energie in Wärme umgewandelt, und diese Tatsache führt auch zu dem unbefriedigenden Gedanken an den Tod des Weltalls.

Jene Wärme nämlich strahlt in die Luft und von dieser in den Weltraum aus und geht so als wirksame Energie verloren, weil sie sich in dieser zerstreuten Form nicht mehr in Energieformen zurückverwandeln kann, aus der Arbeit zu gewinnen ist. Und es ist nur eine Frage, wenn auch unermeßlicher Zeit, daß alle wirksame Energie in solche unwirksame Energie übergegangen, daß der Weltraum mit überall gleichmäßiger Temperatur erfüllt, aber alle Bewegung erlosch und alles Leben erloschen ist, daß alles Sein den ewigen Todeschlaf schläft. Das ist der Sinn des zweiten Hauptsatzes der mechanischen Wärmelehre.

Die Physiker haben auf verschiedenen Wegen versucht, das Weltall vor solchem „Wärmethod“ zu retten. Bisher vergebens. In einem Vortrag über „Die Energiebilanz des Weltalls“, den Walter Kernst kürzlich in Wien hielt, hat dieser berühmte Chemiker einen neuen Weg gezeigt. Kernst geht von den ungeheuren Energiemengen aus, die die Fixsterne ausstrahlen. Wir wissen, daß die Wärmeenergie der Sonne nicht nur den täglichen Haushalt unserer Erde bestreitet, sondern auch auf ihr gespeichert wird. So sind die Kohlen, mit denen wir heizen, nichts anderes als in der Form chemischer Energie gespeicherte Sonnenwärme. Denn Kohlen sind vermoderte und schließlich versteinerte Pflanzen, und wenn wir sie verbrennen, so ist die Wärmeenergie, in die sich ihre chemische Energie umwandelt, dieselbe Wärme, die einstens jene Pflanzen aufbaute. Wenn so groß die Energiemengen, die demart gespeichert werden, auch sein mögen, sie decken nicht die Bilanz der von den Fixsternen ausgestrahlten Energiemengen. Wo kommt der Fehlbetrag hin?

Kernst ist der Überzeugung, daß er nur vom Weltalter ausgehen kann, von jenem den Weltraum erfüllenden, die Lichtquellen fortplantenden Stoff, der eigentlich gar kein Stoff ist, weil er unendlich und ungreifbar ist. Und doch weist er wieder Zustände, nämlich elektrische und magnetische Zustände auf, die auf seine nahe Verwandtschaft mit den materiellen Stoffen hindeuten. Sollten da nicht Übergänge möglich sein? Die Einsteinsche Lehre gibt einen Anhaltspunkt. Nach ihr ruht ein Körper, der starke Energieverluste erleidet, auch an Masse ein. Man braucht sich diesen Vorgang nur umgekehrt vorzustellen, um auf den Gedanken zu kommen, daß der masselose Weltalter, ungeheure Energiemengen einlassend, zu Masse, zu Materie werden kann. Kernst hat diesen Schluß gezogen. Er nimmt an, daß sich unter dem Einfluß der von den Sternen ausgestrahlten Energie aus dem Weltalter Atome bilden. Zunächst läßt sich das nicht experi-

mentell nachweisen, denn nach Kernsts Berechnung müßte es 10 000 Millionen Jahre dauern, bis sich ein einziges Atom gebildet hat.

Kernst hat aus der Einsteinschen Lehre eine Folgerung gezogen, die für den Physiker noch tröstlicher klingt als die, die Boltzmann aus dem zweiten Hauptsatz gezogen hat. Danach müßte das Weltall nicht nur schließlich erstarren, sondern auch, wenn alle wirksame Energie oder Entropie übergegangen ist, in nichts zerfallen. Aber nachdem er die alte Welt völlig vernichtet hat, baut er eine neue aus dem Weltalter auf und hat ihr damit dieselbe Unsterblichkeit verliehen, die wir Menschen uns, wenn auch nur im Verhältnis zur Lebensdauer unseres Planeten, den wir unsere Welt nennen, zuschreiben dürfen: in dem Gedanken, in unseren Nachkommen weiterzuleben.

Die produktive Erwerbslosenfrage im Dienste der notleidenden Wissenschaft. Im Reichsamt für Arbeitsvermittlung fand seit einer Besprechung mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschiedener graphischer Gewerbe über den Plan statt, der großen Erwerbslosigkeit im Buchdruckgewerbe durch die Herstellung wissenschaftlicher Veröffentlichungen, die wegen des Krieges und seiner Folgen nicht fortgesetzt werden oder überhaupt nicht erscheinen konnten, zu begegnen. Das Reichsamt erklärte sich grundsätzlich bereit, den 1/3fachen Satz der Erwerbslosenunterstützung, der den zur Herstellung solcher Veröffentlichungen eingesetzten Arbeitslosen im Falle der Fortdauer ihrer Arbeitslosigkeit gezahlt werden müßte, den betreffenden Buchdruckereien zur Verfügung zu stellen. Die Benennung der auf diese Weise zur Beschäftigung zu bringenden wissenschaftlichen Werke oder Zeitschriften soll durch die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft erfolgen, die Herstellung dieser Druckwerke von einer in dieser Besprechung gebildeten technischen Kommission, die aus Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern der beteiligten graphischen Gewerbe besteht, in die Wege geleitet werden. Die Geschäftsführung dieser technischen Kommission hat sich das Tätigsein der deutschen Buchdrucker zu übernehmen bereit erklärt. Für den Druck ist Bedingung die Überbringung des Rohmaterials über gleichzeitig eingestellte arbeitslose Gehilfen. Inzünftig ist aber, das ständige Personal mit der Herstellung dieser Rotarbeit zu beauftragen und die eingesetzten Arbeitslosen zur Herstellung anderer Arbeiten heranzuziehen.

Die gesunkene „Madame Batterfly“. Die Oper „Madame Batterfly“, die gestern in der Staatsoper zur Aufführung gelangte, wurde durch die Großintentionation Radigawa wiederhergestellt auf dem Wege der drahtlosen Telephonie nicht nur nach allen Orten Deutschlands, sondern auch nach London, Paris, Wien, Petersburg, Christiania und anderen, mehr als zehnhundert Kilometer entfernt liegenden Orten übermittelt.

Zu diesem großen Erfolg der Ferntelephonie teilte der bekannte Sachverständige auf dem Gebiet des Telephonwesens, Graf

Gemeindevertreter der U.S.P.D.!

Der Städtetag in Stuttgart

Am 23. und 24. Juni findet in Stuttgart eine Versammlung des Deutschen Städtetages statt, die wichtige kommunalpolitische Fragen berät und — soweit möglich — entscheidet. Ganz zweifellos wird ein sonderbar interessanter Gesinnungswandel in den Gemeinden der kommunalen Bureauskranten stattfinden, sich auf dem Städtetag hervorzunehmen. Dem muß nach Kräften entgegengetrieben werden.

Wo immer es möglich ist, müssen unsere Vertreter darauf dringen, daß von den Stadtverordnetenversammlung Delegationen nach Stuttgart entsandt werden. Dabei dienen folgenden zur Richtschnur:

In Leipzig beschloß die Stadtverordnetenversammlung, statt vier Delegierte, wie bei Leipzig zustande, deren acht zu entsenden. Der Rat der Stadt Leipzig trat dem Beschluß bei und delegierte nun seinerseits drei Bürgerliche und einen Sozialdemokraten. Damit wollte er sogar die Parität gewahrt haben.

Unsere Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung hatten selbstverständlich eine andere Auffassung von Parität und dementsprechend darauf, daß aus den Reihen der Stadtverordneten ein Bürgerlicher und drei Sozialdemokraten entsandt würden. Natürlich suchten die Bürgerlichen, die sich noch immer nicht in die durch die Revolution veränderten Verhältnisse fügen können, dem Verlangen unserer Vertreter entgegenzuwirken. Umsonst. Mit 28 gegen 35 Stimmen blieben sie in der Minorität. Es werden vier Bürgerliche und vier Sozialdemokraten die Stadt Leipzig vertreten.

Es bedarf keiner weiteren Beweisführung dafür, daß die Bürgerlichen ein großes Interesse daran haben, möglichst zahlreich in Stuttgart auf dem Städtetag vertreten zu sein. Daraus folgt aber, daß auch wir als Kommunalpolitiker ein großes Interesse daran haben, durch möglichst viel Delegierte unserer Grundlagedelegation vertreten zu sein. Vertreter unserer Partei, die zum Städtetag delegiert werden, wollen möglichst frühzeitig dem Genossen Dr. Freund, 3. Bürgermeister in Rönberg, ihre Namen bekanntgeben.

Die Rathaus-Fraktion der U.S.P.D. in Stuttgart läßt durch den Genossen Fr. Engelhardt dieselbst an alle Gemeindevertreter unserer Partei, die den Städtetag besuchen, die Einladung zu einer Aussprache über die Kommunalpolitik ergehen. Die Zusammenkunft findet statt am Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, beim Genossen Zerb, Restauration zum Rodenfeiner, Rodenstraße 17, I. in Stuttgart.

Die Zukunft der Einheitsgemeinde

Am 16. Juni findet vor dem Obergerichtsgericht der Termin über die Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen statt. Das Bürgerium hofft, daß das Verwaltungsgericht der Klage stattgeben und die Wahlen für ungültig erklären wird, so daß in stattgehabener Zeit Neuwahlen stattfinden könnten. Auf diese Neuwahlen ist die ganze Taktik der bürgerlichen Parteien eingestrichelt. Struppellos suchen sie die mit dem Übergang der zahlreichen Einzelgemeinden — die eine ganz verschiedene Struktur und Verwaltungsorganisation aufweisen — unlösbar verbundenen Schwierigkeiten als die Folgen der sozialistischen Mehrheit darzustellen, obwohl jedes andere politische Kräfteverhältnis viel größere Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hätte.

Entscheidend für die Gegnerfrage sind auch durchaus nicht sachliche Erwägungen, sondern der Versuch der sozialistischen Mehrheit, die ungeheuren Kosten, die auf die Einheitsgemeinde auferlegt werden, als die Folgen der sozialistischen Mehrheit darzustellen. Deshalb haben die Steuerunterlagen bei diesem kleinen Kreis von Besitzenden den allerheftigsten Widerstand gefunden und sind der letzte Anstoß zu den Anträgen im preussischen Landtag gewesen, die das Gesetz über Groß-Berlin geändert wissen wollen.

Diese Anträge werden zwar von den Demokraten abgelehnt, obwohl auch sie es ja nicht an unbegründeten Angriffen gegen die Sozialisten in der Einheitsgemeinde haben fehlen lassen. Unfehlbar liefert allerdings der demokratische Stadtverordnete Dr. Paul Michaelis in einem Artikel in der Dienstag-Abendausgabe des „Berliner Tageblatt“ den Beweis für die Richtigkeit der Stellung, die die Sozialisten zu der Einheitsgemeinde eingenommen haben. Er schreibt:

Die Deutschnationalen wollen die Einheitsgemeinde wieder in ihre einzelnen Teile auflösen, während die Deutsche Volkspartei das einigende Band zwar nicht völlig zerreißen, aber so locker machen will, daß die Verwaltungsbezirke in wichtigen Angelegenheiten von der ge-

tralen Leitung unabhängig gemacht werden sollen. Beide Anregungen führen zu unumgänglichen Konsequenzen. Wenn es irgendeinen Vorzug der Einheitsgemeinde gibt, dann den, daß überall einheitliche und gleichmäßige Steuerordnungen gelten. Nach dem Vorschlag der Deutschen Volkspartei würde jede einzelne Gemeinde oder doch jeder Verwaltungsbezirk das Recht erhalten, nach für seinen Bezirk weitere Steuern auszuschreiben. Die Steuerzahler wären viel schlimmer daran als unter den heutigen Umständen. Man darf auch nicht etwa darauf rechnen, daß es bei schlichten Verhandlungen bleiben würde. Der Appetit kommt mit dem Essen, und wenn die Bezirke erst einmal über die Steuerhoheit in gewissem Umfange verfügen, dann werden sie die Gelegenheit benutzen, um den Einwohnern auch ihrerseits noch das Fell über die Ohren zu ziehen.

Dabei läßt sich nichts anderes heraus, als daß durch einen derartigen Ausbau der Verwaltungsbezirke der Beamtenapparat noch erheblich ausgebaut würde. Während man sich heute sehr ernstlich damit beschäftigt, wie das Beamtenheer vermindert werden kann, würden wir mit einer weiteren Aufblähung der Bureaukratie zu rechnen haben. Und nicht minder würde auf dem Gebiet der Werke und Anlagen die alte schädliche Zerstückelung neue Kräfte gewinnen. Kurzum, man würde das Pferd, das endlich eingesperrt wurde, wenn es auch noch nicht in erwünschter Weise zieht, wieder am Schwanz aufsäumen. Hinführte auf allen Gebieten, das wäre die notwendige Wirkung dieser sogenannten Reformen.

Alles, was Michaelis sagt, ist von uns seit jeher ausgesprochen worden. Deshalb hat die Unabhängige Fraktion auch stets die Wünsche der Bürgerlichen, das eben erst in Kraft getretene Gesetz jetzt bereits zu ändern, heftig bekämpft, obwohl auch wir nicht verkennen, daß es manche Mängel aufweist. Diese Mängel aber sind vor allen Dingen den bürgerlichen Parteien zu danken. Sie haben die Unübersichtlichkeit des Gesetzes verschuldet, sie haben einen so schwerfälligen Apparat aufgedacht, weil sie entweder stets Gegner der Einheitsgemeinde waren und deshalb das Gesetz so schlecht als möglich zu machen suchten oder nur halbe Freunde, die die Absicht hatten, sich die Rückfälle zu alten Zuständen mehr oder minder deutlich offen zu halten.

Änderung des preussischen Kommunalabgabengesetzes

Von zuständiger Stelle wird den P. P. R. geschrieben:

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes sowie des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes ist in der letzten Sitzung des preussischen Staatsministeriums beraten worden. Seine verfassungsmäßige Überweisung an den Staatsrat ist also in Kürze zu erwarten, so daß auch mit den Beratungen im Landtag im Monat Juli gerechnet werden kann. Die Novelle kann natürlich keine grundsätzliche Änderung des bisherigen Rechtszustandes bedeuten. Alles ist noch in Flug, und das Verhältnis zwischen Reich, Ländern, Gemeinden (Einheitsgemeinden) wird in geräumiger Zeit bei dem Inkrafttreten eines neuen Landessteuergesetzes in wünschenswerter Weise geregelt werden können. Immerhin bringt der Entwurf eine Reihe von Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand.

Zunächst soll den Gemeinden, Landkreisen und Provinzen das Recht zur Erhebung von Verwaltungsgebühren in Fällen gegeben werden, in denen die obrigkeitliche Tätigkeit im Wesen zugunsten einzelner in Anspruch genommen wird. Weiter ist eine Bestimmung vorgesehen, die zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen unter bestimmten Voraussetzungen die Arbeitgeber zu Beiträgen heranziehen läßt, zu deren wirtschaftlichen Vorteilen Arbeitnehmer in die neuen, von der Gemeinde errichteten Gebäude einziehen. Um der Geldnot der Gemeinden eine gewisse Milderung zu verschaffen, ist die veraltete Vorschrift des Gesetzes über die Erhebung von Marktschuldensgeld nach der für den Gekörtemeter Raum nur 2 Silbergroschen verlangt werden dürfen, gestrichen worden. In ähnlicher Gedankengang ist eine Erhöhung der Sachschadensgebühren vorgesehen, die einen Kostenausgleich für den städtischen Schlachthof darstellt.

Bislang haben Gemeinden und industrielle Werke Steuervereinbarungen abgeschlossen, die der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit nicht mehr gerecht werden. Es ist deshalb hier eine Aufhebung alter Verträge unter gewissen Voraussetzungen geplant.

Der Streit der Meinungen über die rechtliche Zulässigkeit einer Wohnungsluxussteuer soll einer einseitigen Klärung zugeführt werden, der jetzt gemacht werden soll, damit die Wohnungskultur wie Wohnungskultur belastet werden; er be-

kränkt deshalb die Möglichkeit einer Heranziehung auf die Fälle, in denen Wohnungen im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner und zur Zweckbestimmung ihrer Räume als übergroß anzusehen sind.

Eine besondere Härte bedeutet für die Gemeinden häufig, die Ungültigkeitserklärung einer Abgabenordnung durch die Verwaltungsgerichte. Damit kamen häufig durch einen glücklichen Zufall einzelne Steuerpflichtige von der Steuer frei, während andere, die kein Rechtsmittel eingelegt hatten oder abgewiesen worden waren, die gleiche Steuer bezahlen mußten. Auch diese Unbilligkeit soll beseitigt werden. Daß eine Erhöhung von Geldstrafen vorgesehen ist, entspricht der eingetretenen Geldentwertung.

Was die Änderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes anlangt, so ist hier vor allen Dingen hervorzuheben, daß die Landkreise berechtigt werden sollen, ähnlich wie die Gemeinden indirekte Steuern zu erheben, jedoch nur unter Berücksichtigung eines billigen Ausgleichs zwischen ihren eigenen Bedürfnissen und denen der kreisangehörigen Gemeinden. Im übrigen sind die Änderungen mehr technischer Natur und betreffen keine allgemeinen Interessen.

Der Justizetat

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages trat am Mittwoch in die Vorbereitung des Etats ein und beschäftigte sich zuerst mit dem Etat der Justizverwaltung. Berichterstatter ist Abg. Berndt (Dem.). Der Etat erfordert einen Mehrbedarf gegen 1920 in Höhe von 495 Mill. M., der in der Hauptsache durch eine erhebliche Mehrbeschäftigung von Beamten herbeigeführt wird. Dieser Mehrbedarf ist notwendig, trotzdem die Einrichtungen der Justizverwaltung auf schon sehr erheblich erhöht worden sind. So sind allein die Einnahmen, die durch Gerichts- und Geldstrafen erzielt werden sollen, um 320 Mill. Mark auf insgesamt 426 Mill. M. erhöht worden. In der allgemeinen Aussprache gab der Justizminister Dr. am Jochenhoff zunächst Auskunft über die Entlastung der Gerichte. Der Wunsch aus Universitätskreisen, das juristische Studium auf vier Jahre zu erhöhen, der vom Kultusministerium unterstützt wird, kann vom Justizminister nicht unterstützt werden. Er habe eine Beringerung der Ferien von 5 auf 2 Monate vorgeschlagen. Dadurch würden in 3 Jahren 9 Monate für die Universitätsarbeit gewonnen. Die 12 bis 13 jungen Damen, die bisher dem Referendariat zugezogen hatten, hätten die Prüfung gut bestanden und sich im Vorbereitungsdienst gut bewährt.

Die bedingte Begnadigung bei Strafen bis zu sechs Monaten habe gute Leistungen erzielt und werde von den Richtern immer mehr angewandt. Für die Reuregelung des Strafvollzuges seien bereits von der Kommission zwanzig Sitzungen abgehalten worden. Es sei die Anregung gegeben worden, den Strafvollzug zu verstaatlichen und eine eigene Behörde zu schaffen. Die Justizverwaltung habe aber hierzu noch keine Stellung genommen. Bezüglich der Volkswirtschaftlichkeit der Rechtspflege hat das preussische Justizministerium beim Reich auf eine stärkere Beteiligung der Gerichte und Geschworenen hingewirkt. Die Zuständigkeit der Schöffengerichte sei bedeutend erweitert worden.

Der Berichterstatter brachte dann folgenden Antrag ein:

Das Staatsministerium wird ersucht,

- im Interesse eines einheitlichen Strafvollzuges auf Grund des Art. 7 Ziffer 3 der Reichsverfassung die Reichsregierung auf den baldigen Erlaß eines Reichsstrafvollzugsgesetzes hinzuwirken,
- die Aufseherhöfen für Beamte an Straf- und Erziehungsanstalten so auszubauen, daß jedem Aufseher oder Hilfsbeamten Gelegenheit zum Besuch einer Aufseherhöfenschule gegeben wird,
- den Beamten an den Straf- und Erziehungsanstalten, die Nachdienst versehen, Nachdienstzulagen nach den Sätzen zu gewähren, die bei der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung und bei der Reichsbahnverwaltung bezahlt werden,
- die weiblichen Aufsichtsbefehlshaber an den Straf- und Erziehungsanstalten mit den männlichen Aufsichtsbefehlshabern den Dienstbezügen gleichzustellen,
- für die Straf- und Erziehungsanstalten in weitgehendstem Umfange Wach- und Dienstbünde zu beschaffen.

Abg. Heilmann (Soz.) kommt auf die letztjährige Debatte zum Justizetat in der preussischen Landesversammlung zurück und hält sein Urteil aufrecht, daß das Jahr 1920 den Zusammenbruch des Vertrauens des Volkes in die Rechtspflege bedeiute. Noch keiner von den Kappverbrechern sei zur Verantwortung gezogen.

Der Volksentscheid

Beratungen im Reichstagsausschuss

Der Rechtsausschuss des Reichstages begann am Mittwoch die Beratung des Gesetzentwurfs über den Volksentscheid.

Abg. Dr. Curtius (D. Vp.) gab als Berichterstatter ein einseitiges Referat über den Entwurf. — Abg. Dr. Radbruch (Soz.) beantragte einen Zusatzparagrafen, in dem er die Gegenstände der Volksabstimmung besonders aufgeführt wissen will.

Ministerialdirektor v. Weiser hielt dies nicht für nötig, ebenso Abg. Dr. Düringer (Dnat.). Es wurde nur die Bestimmung angenommen: Gegenstand der Volksabstimmung ist, falls ein Zehntel der Stimmberechtigten die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes begehrt hat und der beehrte Gesetzentwurf im Reichstag nicht unanversändert angenommen worden ist, das beehrte und ein vom Reichstag beschlossenes, bis weiches Gesetz.

Von den Abgg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) und Schmidt-Reichen (Soz.) wurde gewünscht, daß die Bekanntgabe des Abstimmungstages nicht im „Reichsanzeiger“, sondern auch in der Tagespresse veröffentlicht werde.

Ministerialdirektor v. Weiser wies auf die großen Kosten hin und betonte, daß die Volksentscheide doch zu allgemeiner Kenntnis kommen würden. Den Landesregierungen könne die Verantwortung für die ausreichende Publikation überlassen bleiben.

Auf Antrag Radbruchs (Soz.) wurden die Bestimmungen über die Berechtigung und Aufstellung von Stimmzetteln bei Abwesenheit des Wählers vom Wohnort vereinfacht und erweitert.

Einem Antrag Rosenfeld (U. Soz.) auf Festbestimmung für die Bekanntgabe des Abstimmungstages trat Ministerialrat Dr. Kalkbrenner als überflüssig entgegen, da die Vorschriften des Reichswahlgesetzes über die Auslegung der Wählerlisten und damit auch der Fristen zur Anwendung kämen. Die Stimmen sollen nur auf Ja und Nein lautem dürfen. Es besteht nun aber die Möglichkeit des Statistens mehrere Volksentscheide über denselben Gegenstand.

Abg. Dr. Radbruch (Soz.) glaubte, daß in solchen Fällen eine Vereinbarung unter den Wählern, die nur über Ja oder Nein zu befinden haben, entstehen könnte, und daß insoweit eine Eventualabstimmung möglich gemacht werden müsse.

Ministerialdirektor v. Weiser erklärte demgegenüber, daß doch dem Volke nur ganz große Fragen vorgelegt werden sollten und nicht alle möglichen Eventualitäten; man solle nicht zu einer so weiten Detaillierung kommen und lediglich große Fragen zur Entscheidung stellen, bei denen mit Ja oder Nein geantwortet werden könne.

Abg. Brohaus (Dem.) hielt diese Ausführungen für durchschlagend. Das Gesetz müsse möglichst einfach sein, um dem Volk verständlich zu werden. Der Antrag Radbruchs (Soz.) wurde abgelehnt.

Erhöhung der Petroleumausfuhrsteuer in Mexiko. Nach einer Meldung aus Mexiko hat Präsident Obregon ein Dekret unterzeichnet, wonach der Ausfuhrzoll für Petroleum um 25 Prozent erhöht wird. Die Staatseinnahmen werden dadurch schätzungsweise um 30 Millionen Pesos pro Jahr erhöht. Diese Mehreinnahmen sollen ausschließlich zur Tilgung der ausländischen Schuld Mexikos dienen.

Kreis der „Neuen Berliner Zeitung“ mit, daß derartige Versuche mit gutem Erfolge öfters durchgeführt worden sind. Der Unterschied zwischen früheren Sendungen und den Mikrophonieren der Oper „Madame Butterfly“ besteht nur darin, daß man bei kleineren Produktionen in einem kleinen Raum mit einem Mikrophon auskommt, während man in der Staatsoper eine Reihe von Mikrophonen zur Aufstellung braucht, die Gesamtheit aller Töne dann zusammenfassen und nach Königswusterhausen leiten. Dort bezieht das Uebermittelte den Sender. Die Töne werden zusammengequetscht, sozusagen zusammengeknetet, und mit allen Feinheiten der klangvollen Welt übermitten. Im Meerbusen von Biskaya erreichte der musikalische Telephonruf kürzlich den Luxusdampfer „Bahia Blanca“. Die dort im Spielraum sitzenden Gäste, nachdem dem Telephonhörer auf einen der Tische gelegt worden war, sich ihrer als Konzert bedienen konnte.

Die Beteiligung der deutschen Schriftsteller am Valuta-Mehreisen. Die Verteilung des Valuta-Mehreises des Deutschen Verlagsbuchhandels, die wegen der ungerechten Beschneidung der Interessen der Schriftsteller lebhaft besprochen wurde, scheint jetzt erstensweise einer allgemeinen friedliebenden Regelung entgegenzugehen. Bei einer Vorschlagsabgabe, die auf Betanlassung und unter Vorbehalt des Reichsministeriums zwischen Vertretern des Schriftstellerverbands deutscher Schriftsteller und des Verlagshausverbandes auf deutscher Seite, Vertretern der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger auf der anderen Seite stattgefunden hat, wurden folgende von den Verleger-Vertretern vorgeschlagenen Richtlinien angenommen: 1. Wenn der Verleger aus Gewinn des Unternehmens beteiligt ist; 2. wenn der Verleger ein in Prozenten ausgedrückter Anteil für jedes verkaufte Exemplar des betr. Unternehmens erhält, wird er am Valutagewinn beteiligt. In unter genannten Fällen ist der Anteil des Verfassers von dem tatsächlichen vom Verleger aus diesen Aufschlägen nach Abzug seiner Unkosten erzielten Valutagewinns zu berechnen. Bei festester Auslieferung wird vorausgesetzt, daß in allen Fällen von Neuauflagen und Neuerscheinungen bei der Honorarbemessung neben der Geldwertung auf die Valutagewinne Rücksicht genommen wird.

Volkshochschule Groß-Berlin. Der ständig sich erweiternde Aufgabenkreis der Volkshochschule Groß-Berlin hat es notwendig gemacht, die wissenschaftliche Leitung von der technisch-organisatorischen Geschäftsführung zu trennen. Prof. Dr. Metz, der bekannte Geograph der Universität, der bisher beide Funktionen in sich vereinigte, wird in Zukunft ausschließlich die wissenschaftliche Leitung ausüben. Gleichzeitig wird das Arbeitsgebiet in sechs große Gruppen gegliedert (exakte Naturwissenschaften, Biologie, Geographie, Gesellschaftswissenschaften, Kunst, Philosophie). Jeder Gruppe steht ein Abteilungsleiter vor. Zum Abteilungsleiter für die philosophische Fachgruppe ist Prof. Dr. Kurt Liebert, Generalsekretär der Kantgesellschaft, ernannt worden. Die Leitung der Kunstgruppe übernimmt nun Dr. Alfred Guttman, der seit Jahren auf dem Gebiet der vorklassischen Kunstpflege tätig ist. Die Berufung der Ge-

nannten ist auf Grund von Vorschlägen erfolgt, an denen die an der Universität bestehende Beratungsstelle für Volkshochschulen entscheidend mitgewirkt hat. Der gleiche Vorgang wird bei der Berufung der restlichen Fachgruppen beobachtet werden. Prof. Metz wird die Amtsbezeichnung Direktor fortführen. Zum Geschäftsführer ist Herr Dr. Geiger gewählt worden. Die Volkshochschule wird gegenwärtig von rund 4200 Hörern besucht. Eine auch nur annähernd so hohe Frequenz ist in den Sommermonaten noch nie zu verzeichnen gewesen. Im Herbst dürfte die Ziffer von 6000 Hörern mit Sicherheit erreicht werden.

Ein Berliner Propaganda-Denkmal. In Berlin hat sich ein Arbeitsausschuss gebildet, um ein Denkmal für die verlorenen deutschen Länder zu errichten. Der Ausschuss wendet sich mit einem Aufruf an die deutschen Bildhauer, Entwürfe einzusenden. Die Kosten des Denkmals, die sich auf 200 000 bis 300 000 Mark belaufen sollen, stehen nach dem Aufrufe zur Verfügung und stammen vermutlich von denselben Leuten, die kein Geld für verhungerte Kinder haben und noch weniger für Steuern. Selbstverständlich darf dieses Denkmal unter keinen Umständen in Berlin auf öffentlichem Boden aufgestellt werden. Es bedeutet eine ganz freie Provokation der Entente, die wohl auf diese Weise erfahren soll, wieviel Geld bei uns noch überflüssig ist.

Berliner Studienwochen für In- und Ausländer veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht vom 11.—28. Juli. Die Lehrgänge, für die eine große Anzahl führender Forscher und Hochlehrer ihre Mitwirkung zugesagt haben, wollen einen Durchblick durch das kulturelle Leben im heutigen Deutschland bieten. Sie behandeln wichtige Fragen aus den Gebieten der Philosophie, Erziehungslehre, Staatsbürgerkunde, der deutschen Literatur und Kunst sowie der Naturwissenschaften. — Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Zentralinstituts, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 120.

Zum Dante-Tag. Das schönste Denkmal der von Dante inspirierten Kunst die Zeichnungen Botticellis zur Göttlichen Komödie im Berliner Kupferstichkabinett, wird eine Dante-Ausstellung zeigen, die der Berliner Museum zum Gedächtnistage des Dichters vorbereitet. — Sonntag, den 3. Juli, findet in der Staatsoper eine Gedächtnisspielstatt. Umrahmt von Aufführungen altitalienischer Musik wird Ross von Barnabé eine Anspache und Ernst Troeltsch die Festsprache halten.

Tages-Notizen

- Staatsoper.** Zur Erinnerung an die Ursprungsjahre vor 100 Jahren von Beethoven's „Fidelio“ und dem „Fidelio“ wird Sonntag, den 12. u. 13. Juli, eine Aufführung des „Fidelio“ unter musikalischer Leitung Dr. Fritz Schöberl mit hervorragendem Ensemble stattfinden und mit Fr. Kriegl bei Kroll in der Partie der Pappasantone. Sonntag, den 18., geht der „Fidelio“ in völliger Neuauflage und Neinszenierung in Szene.
- Colonne.** Um nicht weiterhin gequält zu sein, um einer Nachschau nachzugehen, wird ein Antrag zur Befreiung von einer aus dem Reichsbudget für den nächsten Tag zu beschließen, schon für eine kleine Anzahl von Käufern zu einer neuen Ausgabe 31. und 1. 12. 1920 zu beschließen. In diesen Vorstellungen wird jeder Käufer und Käufer gebittet. Die Tage wird es aus den Leitern unserer Kaufmannschaften zusammenstellen. Aufzählung und Kennzeichnung an den Hauptwegen des Westens, Metzger D. Schmitz, Berlin, am Kupferstichkabinett, 4.

